

Informationsblatt gemäß Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Im Rahmen der Erhebung personenbezogener Daten werden Ihnen als betroffener Person auf der Grundlage des Art. 13 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) nachfolgende Informationen mitgeteilt bzw. zur Verfügung gestellt.

Sollten Sie ein (weiteres) Exemplar dieses Informationsblattes in schriftlicher Form benötigen, können Sie es jederzeit bei der fachlich zuständigen Organisationseinheit oder dem behördlichen Datenschutzbeauftragten anfordern.

Datenverarbeiter, Verantwortlicher	
Name des Verantwortlichen und Hinweis auf die fachlich zuständige Organisationseinheit innerhalb der Stadtverwaltung Herne, ggf. Angabe der zuständigen Abteilung. Kontaktdaten wie z.B. Anschrift, Telefon (z.B. Servicenummer) ggf. Telefax und funktionsbezogene Mailadresse (z.B. einwohneramt@herne.de)	Der Oberbürgermeister der Stadt Herne Fachbereich Integration - KI Rademachers Weg 15, 44649 Herne Telefon: 02323/16-3850, Telefax: 02323 16-12339301 E-Mail: integration@herne.de
Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten	Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Stadtverwaltung Herne Technisches Rathaus, Raum A.E24, Langekampstr. 36, 44652 Herne Telefon 02323/16-2383, Telefax 02323/16-12332383 E-Mail: datenschutz@herne.de
Verarbeitungsrahmen	
Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen (Nennung der Hauptaufgaben; z.B. Erteilung und Entzug von Fahrerlaubnissen.)	Soweit es zur Durchführung der Beratung und Begleitung im Rahmen der Angebote für zugewanderte Menschen aus Südosteuropa erforderlich ist, werden Daten manuell bzw. automatisiert verarbeitet (d.h. insbesondere: erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt).
Wesentliche Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten (sowohl materiell-rechtlich wie auch verfahrens- und datenschutzrechtlich). Ist keine spezielle Rechtsgrundlage ersichtlich, darf die Verarbeitung personenbezogener Daten nur mit einer Einwilligung der betroffenen Personen nach Art. 7 DSGVO erfolgen. Als Rechtsgrundlage ist dann Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) DSGVO anzugeben.	Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) DSGVO.
Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (An welche Stellen werden die personenbezogenen Daten im Regelfall weitergegeben? Auftragsverarbeiter sind zu benennen.)	Personenbezogene Daten werden, sofern erforderlich, an Behörden weitergegeben, die am Beratungsprozess beteiligt sind. Dies sind z.B. Meldebehörden, Ausländerbehörden, Finanz-, Sicherheits-, Sozial-, Schul-, Weiterbildungs- oder Gesundheitsbehörden, Polizeidienststellen und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Kommunales Integrationsmanagement des Ministeriums für Kinder, Jugendliche, Familie, Gleichstellung, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW (MKJFGFI), Beraten und Stärken – Anlaufstellen für zugewanderte Menschen aus Südosteuropa (gefördert durch den Europäischen Hilfsfonds EhAP plus), Wohnbegleitende Hilfen SOE, Familienbegleiter*innen an Grundschulen., Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), gefördert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Jugendmigrationsdienst (JMD), gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Regional- und Flüchtlingsberatung, gefördert durch das Landesprogramm „Soziale Beratung der Geflüchteten in NRW“ des Ministeriums für Kinder, Jugendliche, Familie, Gleichstellung, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW (MKJFGFI)

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer (aus rechtlichen Bestimmungen wie z.B. Kassen-, Handels-, Steuerrecht oder Spezialgesetzen und KGST-Empfehlungen)	Personenbezogene Daten werden gelöscht, wenn sie für die Durchführung der Beratung nicht mehr benötigt werden und gesetzliche Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind. In der Regel erfolgt die Löschung daher fünf Jahre nach Abschluss des Beratungsverhältnisses.
Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten	Folgende allgemeine personenbezogenen Daten werden verarbeitet: Name, Vorname, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Anschrift, Telefonnummer, Emailadresse, Familienstand und familiäre Verhältnisse, sowie alle erforderlichen Erkenntnisse und Rückmeldungen der Stellen und Behörden, die am Verfahren beteiligt sind, einschließlich besonderer personenbezogener Daten nach Art. 9 DSGVO
Quelle der personenbezogenen Daten	Personenbezogene Daten werden sowohl beim jeweiligen Antragsteller als auch bei Behörden erhoben, die am Verfahren beteiligt sind. Dies sind insbesondere Meldebehörden, Ausländerbehörden, Finanz-, Sicherheits-, Sozial- und Gesundheitsbehörden, Polizeidienststellen und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich.	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>
Die betroffene Person ist verpflichtet/nicht verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen	verpflichtet <input type="checkbox"/> nicht verpflichtet <input checked="" type="checkbox"/>
(mögliche Folgen der Nichtbereitstellung von personenbezogenen Daten sind zu benennen.)	Folgen der Nichtbereitstellung: Eine Beratung/Begleitung kann nicht gewährleistet werden.
Weitergabe und Auslandsbezug	
Besteht die Absicht, die personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln?	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>
Betroffenenrechte	
<p>Abschließend werden Sie als betroffene Person darüber informiert, dass Sie ein</p> <ul style="list-style-type: none"> - Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person verarbeiteten personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO), - Recht auf die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), - Recht auf Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO) oder auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) sowie - ein Widerspruchsrecht gegen die Datenverarbeitung (Art. 21 DSGVO) haben, <p>wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind.</p> <p>Zudem haben Sie das Recht, eine Einwilligung im Sinne von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.</p> <p>Wenn Sie diese Betroffenenrechte wahrnehmen möchten, können Sie sich jederzeit an die fachlich zuständige Organisationseinheit oder den behördlichen Datenschutzbeauftragten der Stadtverwaltung Herne (Tel. 02323/16-2383 bzw. datenschutz@herne.de) wenden, der zu besonderer Verschwiegenheit verpflichtet ist.</p> <p>Außerdem hat jede betroffene Person das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Zuständige Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung bei der Stadt Herne ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf, Telefon 0211 / 38424-0, Telefax 0211 / 38424-10, E-Mail poststelle@ldi.nrw.de, Internet www.ldi.nrw.de.</p>	